

HT 2018: Gespaltene Erinnerung und Elitenkontinuitäten. Posttotalitäre Gesellschaften im Vergleich

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)

Datum, Ort: 25.09.2018–28.09.2018, Münster

Bericht von: Maximilian Kutzner, Historisches Institut, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Die Erforschung der NS-Vergangenheit und der mit ihr verbundenen personellen Kontinuitäten in Ministerien, Ämtern und Parlamenten in der Bundesrepublik und der DDR erlebt eine ungebrochene Konjunktur. Die internationale Perspektive auf dieses Feld, welche eine historische Bewertung und Einordnung der deutschen Fallbeispiele erst ermöglichen kann, blieb jedoch bisher ein Desiderat. Um dieses aufzulösen wurden in der Sektion Fälle von Elitenkontinuität in posttotalitären Phasen in Österreich und Italien, der Sowjetunion, China und Deutschland präsentiert. Das Thema des 52. Historikertages fand dabei doppelte Anwendung: Einerseits wurden posttotalitäre Gesellschaften und deren Spaltungen diskutiert, andererseits die Ausdifferenzierung der Erinnerungspraktiken und -politik im internationalen Vergleich aufgezeigt.

Die Sektion soll einen Impuls zur Internationalisierung der Frage nach dem Umgang mit politischen, ideologischen und personellen Kontinuitäten in posttotalitären Gesellschaften leisten, hob PETER HOERES (Würzburg) einleitend hervor. Denn die große Zahl historischer Kommissionen zum Umgang mit der NS-Vergangenheit verstärke in Deutschland einen methodischen Nationalismus, also eine nationalstaatliche Verengung auf diesem Feld, wobei in jüngster Zeit zumindest deutsch-deutsche Vergleiche angestellt wurden. Häufig werde zudem in der Diskussion implizit eine *Virtual History* oder *Alternate History* als Ideal mitgedacht, die eine intensivere Verfolgung der Belasteten, eine Verweigerung der Wiedereingliederung in den Beamtenapparat und in Ministerien, ja bisweilen auch in die Wirtschaft postuliert. Fraglich bleibe bei diesem konstruierten Idealver-

lauf der Aufarbeitung, wohin das belastete Personal letztlich hätte gesteckt werden sollen. Ferner könne man analog zur Frage nach den Altnazis in bundesdeutschen Behörden fragen, ob die, die sich nach 1933 als Nazis ausgegeben haben, wirklich solche waren, so Hoeres. Oft schwinde in der Debatte die unausgesprochene Annahme mit, die ehemalige Nazis als immerwährende Nazis hypostasiert und fixiert, aber ihre weiter zurückliegenden Prägungen und Sozialisationen nicht berücksichtigt.

Die zentrale Frage, welche Optionen und Handlungsspielräume es überhaupt in Umbruchgesellschaften gab und welche Bilanz der bundesdeutschen Aufarbeitung zu ziehen ist, verlange nach einem internationalen, empirisch gesättigten Vergleich. Ebenso gelte es zu betrachten, inwiefern das deutsche Beispiel ein Modell für andere Gesellschaften des Übergangs war, so Hoeres. Für die Bundesrepublik lasse sich konstatieren, dass die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Belastung – im Gegensatz zum populären Mythos – nicht mit der Achtundsechziger Bewegung begann, sondern bereits in den 1950er-Jahren. So fanden anlässlich des Oradour-Prozesses in Bordeaux schon im Jahr 1953 Zeugenaussagen und Täterprofile Eingang in die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Die Auseinandersetzung mit den Opfern der NS-Diktatur, so Hoeres zugespielt, habe 1968 eher ein vorläufiges Ende gefunden, da man sich nun auf die Funktionalisierung der NS-Vergangenheit für politische Gegenwartszwecke konzentrierte.

BASTIAN MATTEO SCIANNA (London) beleuchtete in seinem Vortrag die personellen Kontinuitäten im österreichischen und italienischen Militär nach 1945. Er wies darauf hin, dass es bereits im austrofaschistischen Ständestaat 1934–1938 Brüche in den militärischen Karrieren gegeben hatte. Mitglieder der verbotenen NSDAP wurden aus dem Dienst entlassen und nach dem Anschluss 1938, bei dem das Bundesheer keinen Widerstand leistete, wieder aufgenommen. Von den Generalen wurden 50 Prozent, von den Obersten 60 Prozent in die Wehrmacht übernommen. Dort galten sie als anerkannte Soldaten und konnten sich schnell eingliedern. Die Beteiligung von 1,3 Millionen Österreichern am Krieg ha-

be es für das Bundesheer erschwert, nach seiner Gründung 1955 den Mythos des „Opfers der deutschen Nationalsozialisten“, wie es in Staat und Gesellschaft tradiert wurde, zu übernehmen. Dienstgrade der Wehrmacht, vom Oberst aufwärts, wurden auf Anweisung nicht ins Bundesheer übernommen. Stattdessen rückten jüngere Offiziere mit Fronterfahrung in Führungspositionen auf und prägten das Militär bis in die 1970er-Jahre. Diese Gruppe war jedoch stärker in das NS-System involviert und in den Völkermord verwickelt als die Älteren. Der Traditionserlass von 1967, der an die Vergangenheit der habsburgischen Armee anzuknüpfen versuchte, habe sich so im Bundesheer nicht vollständig etablieren können. Anders als die Wehrmacht war das italienische Militär nicht auf Mussolini, sondern auf den König vereidigt worden. Er blieb auch nach 1945 der Bezugspunkt und ermöglichte den Streitkräften eine „unpolitische Loyalität“ zur Republik, auch da italienische Prozesse gegen Kriegsverbrecher von den US-Amerikanern verhindert wurden. Das Anknüpfen an die Kontinuität von 1943, die Besatzung durch die Wehrmacht und der Sieg über den Faschismus, machte nach dem Krieg einen Traditionserlass obsolet. Zudem wurde Italien bereits 1945 als strategischer Partner im Ost-West-Konflikt wiederbewaffnet. Das Heer habe wegen der durchwachsenen Leistungen im Zweiten Weltkrieg nach 1945 mit massiven Imageproblemen zu kämpfen gehabt, so Scianna; die wenigen (eher unbedeutenden) militärischen Erfolge wurden dennoch zu Referenzpunkten der Traditionsbildung stilisiert.

Die Reformphase Chinas nach dem Tod von Mao Zedong 1976 wurde von KLAUS MÜHLHAHN (Berlin) beleuchtet. Die Volksrepublik war das erste sozialistische Land, in dem weitreichende institutionelle Reformen durchgesetzt wurden, wenngleich das Herrschaftssystem autoritär blieb. Die Krisen der westlichen Wirtschaften der 1970er-Jahre hätten dem Land neue Chancen geboten und den Zugang zum Weltmarkt erleichtert. Die politische Annäherung an die USA, die bereits 1972 begonnen hatte, sorgte für eine befriedete außenpolitische Situation, eine Bedingung für die positive wirtschaftliche Entwicklung. 1976 bis 1978 befand sich das politische Sys-

tem Chinas in einer Legitimationskrise. Zentrale Verheißungen des Maoismus hatten sich nicht erfüllt. Hua Guofang folgte als Vorsitzender der KPCh und ließ den ehemaligen Führungszirkel, die „Viererbande“ verhaften und vor Gericht stellen. Hua hielt aber an den Grundprinzipien des Maoismus, zentrale Macht und gelenkte Wirtschaft, fest. Deng Xiaoping folgte diesem Kurs nicht und wurde zum innerparteilichen Widersacher. Er habe einen pragmatischen Politikansatz entgegen gestellt, der vor allem auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation gezielt habe. 1979 übernahm Deng die Führung der Partei und setzte die Mao-Garden endgültig ab. Die „Viererbande“ wurde – als einzige Gruppe – vor Gericht gestellt und verurteilt. Deng versuchte zunächst die Wiederbelebung der Industrie mit planwirtschaftlichen Mitteln zu erreichen. Er wandte sich jedoch kurz darauf vom damit verbundenen Primat der Schwerindustrie ab und förderte gezielt andere Zweige. Parallel strengte er politische Reformen an. Die Leistungen Maos wurden grundsätzlich anerkannt, jedoch auch dessen Fehler und Exzesse verurteilt. 1984 prägte Deng den Begriff des „Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften“, mit dem er zugleich den Willen zu Reformen und die Macht der Partei bekräftigte. Die Grenzen der Liberalisierung seien auch weiterhin von der Partei und ihren Institutionen gesetzt worden, so Mühlhahn. Sie sei kein Hindernis, sondern die Quelle zur Überwindung des totalitären Gewaltregimes gewesen. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit habe jedoch vermieden werden sollen. Stattdessen sei das Primat der Wirtschaft ins Zentrum der Reform gerückt worden.

Die kritische Reflexion der Entstalinisierung und die Frage nach der Funktion und Nützlichkeit von Elitenkontinuitäten in Transformationsgesellschaften standen im Zentrum des Vortrags von CLAUDIA WEBER (Frankfurt an der Oder). Der Tod Josef Stalins 1953 war eine Zäsur für die sowjetische Politik und Gesellschaft. Doch weiterhin hatten Herrschaftsstrukturen, Mentalitäten und personelle Konstellationen fortgewirkt. Die größte Repressionswelle der Sowjetunion, in die 40 Prozent aller Urteile wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“ fielen, hat es in den Jahren

1956 bis 1959 gegeben. Die Entstalinisierung habe sich stalinistischer Mittel bedient, hob Weber hervor. Gleichzeitig besserten sich die Bedingungen in den Gefängnissen und Straflagern. Die Geheimrede von Nikita Chruschtschow, gehalten vor hochrangigen Parteimitgliedern auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, hätte nicht die Aufarbeitung der Gewalt zum Ziel gehabt, sondern sollte ein Integrationsangebot an die alten Eliten sein, ohne die die Sowjetunion nicht weiter existieren konnte. Stalin wurde als Alleinverantwortlicher für die Gewaltexzesse genannt (*blaming Stalin*). Damit wurde eine Praxis des Stalinismus, die Denunziation, auf den Diktator selbst angewendet. So wurde das Überleben stalinistischer Strukturen und Mentalitäten gesichert und zugleich ein Angebot zur Entlastung alter Eliten gegeben. Gezielt wurden die Akteure der deutsch-sowjetischen Kollaboration im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts vor 1941 verfolgt und hingerichtet, da ihre Existenz der Leiterzählung vom Großen Vaterländischen Krieg als Legitimationsbasis der Partei widersprach. Doch Gewaltakteure wie Roman Rudenko, der als ehemaliger Generalstaatsanwalt der Ukraine am Massaker von Katyn 1940 beteiligt war und 1961 Mitglied des ZK der KPdSU wurde, konnten im Poststalinismus ihre Macht auf- und ausbauen. Die Referentin plädierte dafür, Elitenkontinuität nicht als Skandalon, sondern im Kontext der komplexen Funktionalität in Transformationsgesellschaften zu sehen. Die Integration alter Gewaltakteure habe zur Gemeinschaftsstiftung und zur Stabilität in fragilen Phasen beitragen. Die Balance zwischen der Abgrenzung von der Vergangenheit und der Integration der Eliten habe eine schwierige Aufgabe für die Sowjetunion unter Chruschtschow dargestellt. Zugleich könne ein Zusammenhang zwischen Elitenumbruch und Vergangenheitsbewältigung nicht linear hergestellt werden.

JÖRN HAPPEL (Basel) beleuchtete in seinem Vortrag personelle Verbindungslinien der sowjetisch-russischen Diplomatie. Er widersprach der These, nach der Sergej Lawrow, seit 2004 russischer Außenminister, sich in Umgangsformen und Habitus fundamental von seinen Vorgängern der Sowjetunion unterscheide. Lawrow erlernte sein Hand-

werk vor 1989 am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO). Von dort kam seit der Gründung 1944 die Elite der sowjetischen Diplomatie. Das Außenministerium hatte wenig Bedeutung in der Parteiführung, so dass zahlreiche Funktionseliten des Amtes nach 1989 ihre Karrieren unbeschadet weiter fortsetzen konnten. Die Jahrgänge 1950 bis 1963, zu denen Lawrow gehört, studierten am MGIMO und stehen heute an der Spitze der Diplomatie osteuropäischer Staaten. Aufgebaut wurde das Institut von Wjatscheslaw Molotow, 1939 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten. Er gehörte zum inneren Machtzirkel Stalins. Nach der Übernahme des Außenministeriums setzte er junge und unerfahrene, aber ideologisch geschulte Diplomaten ein. Dieser Stalinisierung des Politikstils habe auch die Gründung der MGIMO gedient. Dort wurde das Ideal des sowjetischen Diplomaten geprägt: Männlich, hoch gebildet, mehrsprachig, geschult in Parteigeschichte und -ideologie, gut gekleidet, mit einem militärischen Dienstrang. Molotow prägte die Formel vom „Drohen und Werben“. Einerseits sollten die Diplomaten in der Sache hart verhandeln und notfalls auf die militärische Stärke der Sowjetunion verweisen, andererseits für deren wirtschaftlich, gesellschaftliche und kulturelle Vorzüge werben. Nach Molotows Parteiausschluss im Zuge der Entstalinisierung leitete sein Muster Schüler Andrej Gromyko zwischen 1957 und 1985 das Außenministerium. Er habe den Idealtypus des Sowjetdiplomaten verkörpert, in dessen Traditionslinie auch Lawrow stehe. Die ersten Außenminister nach 1989 stammten zwar ebenfalls von der MGIMO, verkörperten jedoch weniger deren Leitbilder. Lawrows Stil der bewussten Übertretung diplomatischer Grundregeln stehe hingegen stärker in der Tradition des Instituts und der sowjetischen Außenpolitik, so Happel.

TILMAN MAYER (Bonn) untersuchte die Stabilität von Mentalitäten, Werten und politischen Orientierungen bei der DDR-Bevölkerung und ihren Eliten nach 1990. Das vereinte Deutschland habe nach der Friedlichen Revolution eine erneute Spaltung innerhalb der neuen Bundesländer erlebt: in Anhänger der Einigung und Verteidiger des alten Regimes. Die PDS habe als Nach-

folgepartei der vormaligen staatstragenden SED ein latent spalterisches Interesse vertreten, da sie Ressentiments gegen die Wiedervereinigung gestreut habe, so Mayer. Zusätzlich führte der ökonomische und sozialpolitische Umwandlungsprozess zu Verwerfungen. Die Gesellschaft in der ehemaligen DDR war aufnahmebereit für solche Vorurteile. Hinzu kamen erzieherische Prägungen. Die Eliten aus dem Westen, die die politische und wirtschaftliche Führung in den neuen Bundesländern übernahmen, konnten diese nicht überwinden. Dies führt zu einem eindeutigen Befund: Die Kontinuität von Werten, Mentalitäten und politischen Einstellungen in der Bevölkerung der ehemaligen DDR verstärkte nach der Wiedervereinigung das Gefühl, ein Opfer des Vereinigungsprozesses zu sein. Die PDS habe sich selbst als die Stimme dieser Opfer stilisiert und damit politischen Profit aus den Anpassungsschwierigkeiten geschlagen und der jungen DDR-Elite die Fortsetzung ihrer Karrieren ermöglicht, während im übrigen Politikbetrieb, wie auch im Militär, ein nahezu vollständiger Eliten-austausch stattfand. Doch der sich langsam einstellende Erfolg und die damit einhergehende Akzeptanz für das politische und vor allem wirtschaftliche System des Westens führten dazu, dass es innerhalb der Partei keine nennenswerten Bestrebungen zum Revisionismus oder der Inakzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft gab, obwohl Arbeitslosigkeit und der Niedergang der Industrie in Ostdeutschland Kollateralschäden erzeugt hatten. Die Mentalitätsunterschiede, aus denen die PDS früh ihren politischen Kurs ableitete, bestünden bis heute in erheblichem Umfang fort, auch zwischen Ost- und West-Europa, so Mayer.

In seinem Kommentar bilanzierte JÖRG BABEROWSKI (Berlin), dass Elitenkontinuität ein elementarer Bestandteil aller vorgestellten Wandlungsprozesse war. Bei deren historischer Beurteilung müssten die kontextualen Bedingungen des Übergangs genau betrachtet und nicht vorschnell moralische Wertmaßstäbe angelegt werden. In China und der Sowjetunion wurde durch die Beibehaltung autoritärer Strukturen die Legitimation der neuen Machthaber gesichert. Zu beachten sei hier die Konstellation der Entschei-

dungsmöglichkeiten. Für die neuen Machthaber barg die Abschaffung aller repressiven Mittel nach einem totalitären Regime ein gehöriges Risiko, da sie keine Erfahrung mit den Dynamiken freiheitlicher Gesellschaften hatten. Ein grundsätzlicher Unterschied der Aufarbeitung von Gewalt zwischen diesen Regimen und den Umbrüchen in Deutschland, Österreich und Italien sei die Richtungswirkung der zuvor praktizierten Gewalt gewesen: Während der NS-Staat und seine Ideologie sich primär gegen Feinde nach außen richteten, zielten Stalins und Maos Repressionen nach innen, gegen die eigene Bevölkerung. Das deutsche Beispiel der politischen, juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit war eine Besonderheit, während in den übrigen Umbruchgesellschaften zumeist Amnestie und Amnestie den Aufarbeitungsprozess bestimmten.

In der abschließenden Diskussion wurden insbesondere die Frage von Entschädigungsverfahren und die Anknüpfung an nationale Traditionen nach einer Zäsur, wie etwa im Baltikum, debattiert. Die Sektion hat deutlich gemacht, dass die deutsche Elitenkontinuität und Vergangenheitspolitik nicht mehr isoliert betrachtet werden kann, sondern in den Kontext anderer Transformationsgeschichten in posttotalitären Gesellschaften gestellt werden sollten. Dabei zeigt sich der deutsche Umgang mit der NS-Diktatur bisher in Intensität und Umfang der juristischen, moralischen und politischen „Vergangenheitsbewältigung“ als deutlicher Sonderfall.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Peter Hoeres (Würzburg)

Peter Hoeres (Würzburg): Einführung

Bastian Matteo Scianna (London): Das italienische Militär nach dem Faschismus und das österreichische Bundesheer nach dem Nationalsozialismus

Klaus Mühlhahn (Berlin): Die Herausbildung von Chinas posttotalitärem Autoritarismus: Eine institutionengeschichtliche Analyse

Claudia Weber (Frankfurt an der Oder): Chruschtschows „Tauwetter“ und die Gewalt. Akteure und Mythen der Entstalinisierung

Jörn Happel (Basel): Das Erbe Molotows. Die

russische Diplomaten-Elite nach dem Ende der Sowjetunion

Tilman Mayer (Bonn): Wie stabil blieben Mentalitäten, Werte und politische Orientierungen der DDR-Eliten und der DDR-Bevölkerung nach der Wende?

Jörg Baberowski (Berlin): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2018: Gespaltene Erinnerung und Elitenkontinuitäten. Posttotalitäre Gesellschaften im Vergleich*. 25.09.2018–28.09.2018, Münster, in: H-Soz-Kult 02.11.2018.